

Das „Wir“ zerbröckelt

Was vom geplanten „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ zu halten ist

Pat Christ

Was dieses Institut wohl herausfinden wird? Sehr wahrscheinlich, dass es tatsächlich enorme Unterschiede gibt. Von 100 Bundesbürgern sind vier so arm, dass sie Monat für Monat Probleme haben, die Miete zu zahlen, das Geld für den Strom zu überweisen oder eine Hypothek abzubezahlen. Um das herauszufinden, braucht es allerdings kein neues Institut. Das weiß auch die statistische Bundesamt. Das weiß sogar noch mehr. Das weiß, dass es 16 Millionen Menschen in diesem Land materiell nicht gut geht.

In welchem Maße unsere Gesellschaft auseinanderdriftet, bekommen viele soziale Einrichtungen seismografisch mit. Dazu gehören die Bahnhofsmissionen als Anlaufstelle für Heimat- und Hilfslose. Menschen ohne eigenes Dach über dem Kopf suchen die Bahnhofsmissionen ebenso auf wie Männer und Frauen in prekären Lebenssituationen oder Geflüchtete. 103 Bahnhofsmissionen gibt es derzeit in Deutschland. Sie helfen jedes Jahr mehr als zwei Millionen Menschen. Jeder zweite befindet sich in einer dauerhaften sozialen Notlage.

Besser als in Afrika?

Natürlich, um in diese Richtung zielende Argumente vorzugreifen, geht es diesen Menschen weitaus besser als Bürgern in vielen afrikanischen oder lateinamerikanischen Ländern. Gar keine Frage. Womit wir uns relevanteren Themen zuwenden könnten.

Aber genau das ist der Punkt: Diese Menschen leben nicht in einem afrikanischen Staat. Sondern hier. In einer Gesellschaft, die eigentlich ein „Wir“ darstellen sollte. Die von einer aus einem Konsens hervorgegangenen Regierung gelenkt wird. Auf deren Bedürfnisse, soweit die Theorie, ein Bildungssystem maßgeschneidert wurde.

So ganz „Wir“ war dieses „Wir“ freilich noch nie. Aber das muss auch

Das gesellschaftliche Gefüge ist morsch geworden. Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Alles scheint zu zerfleddern. Da sind die Reichen. Da die Armen. Da die Christen. Da die Muslime. Hier die „Ossis“. Da die „Wessis“. Hier die „Homos“. Dort die „Heteros“. Da die Linken. Dort die Rechten. Da sind die, die schon ewig im Lande leben. Andere kamen gerade eben an. Immer weniger geht zusammen. Alles zersplittert. Fragmentiert. Ein von der Politik herbeigeführter Zustand beginnt, die Politik zu beunruhigen. Einen „Neuen Zusammenhalt“ wollen sie schaffen, unsere PolitikerInnen.

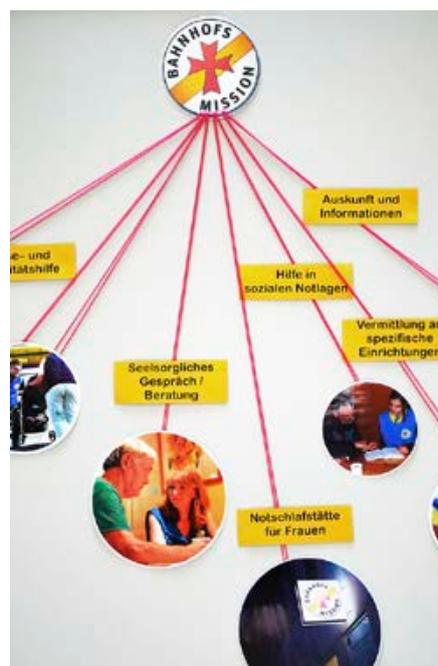


Immerhin: Die Koalition nimmt zur Kenntnis, dass unsere Gesellschaft inzwischen völlig zerrissen und vielfach gespalten ist. Der Koalitionsvertrag hat denn auch einen Untertitel, der aufhorchen lässt. „Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“, lautet er.

„Wir wollen einen neuen Zusammenhalt schaffen“, betonte Angela Merkel auch in ihrer Regierungserklärung vom 21. März. Menschlich und gerecht soll sie werden, die Gesellschaft unseres Landes. Dass gerade in Deutschland alles auseinanderdriftet, dass Neid und soziale Konkurrenz wachsen, führt Merkel auf ihre Flüchtlingspolitik zurück. Leider sei der Eindruck entstanden, „dass in einer großen Notlage ganz schnell und umstandslos Fremden geholfen wird, die einheimischen Deutschen, die ebenfalls der Hilfe bedürfen, aber zurückstehen müssen“. Ein falscher Eindruck, so Merkel, in einem

Land mit „übergroßem Wohlstand“.

Wie soll geschehen, dass ein neuer Zusammenhalt entsteht? Die Politik scheint ratlos. Und wie so oft in solchen Situationen, wird ein neues Institut gegründet: Das „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Diese Forschungseinrichtung soll Impulse geben, wie die vielfachen Risse quer durch unsere Gesellschaft gekittet werden könnten. In Sachsen soll es angesiedelt werden. Denn dort soll die Situation noch schlimmer sein als im Rest des Landes.



Vor allem die Bahnhofsmissionen bekommen das Auseinanderdriften von Armen und Reichen stark zu spüren.



Weil er nicht genug Altersrente bekommt, muss dieser Senior Werbeblätter austragen.

nicht sein. Welches Individuum könnte auch schon mit allen Fasern seines Seins „Ich“ sagen. Da schert auch so manches aus der Reihe. Aber wir reden auch nicht vom Idealzustand. Sondern über einen Zustand, der sehr weit weg von einem „Wir“ anzusiedeln ist.

Was einst zusammenhielt

In früheren Zeiten hielt die Religion zusammen. Das kann heute von außen rasch als Zwangsgemeinschaft abgetan werden. Aber ich neige dazu, anzunehmen, dass viele Menschen damals die religiöse Unterfütterung als etwas Gegebenes hinnahmen. Etwas Gegebenes, das verband. Bis auch das zu zerfleddern begann. Dann sind wir bei Hexern, Hexen und Co.

Zusammenhalt kann es nur geben, wenn alle ungefähr gleich sind. Ich vergleiche das gern mit einer Familie. Nehmen wir eine richtig große Familie an. In einem richtig großen Haus. Acht Kinder. Eltern. Großeltern. Ist vorstellbar, dass sich alle zu Tisch setzen und die erste kriegt ein Drei-Gänge-Menü, der zweite ein exklusives veganes Mahl, die dritte Hausmannskost, der vierte Ravioli aus der Discounterdose... Undenkbar. Man isst in Familien normalerweise das Gleiche. In etwa. Mag sein, der Opa hat Probleme mit der Verdauung. Dann wird das eine oder andere Gericht variiert. Der Kleine hat ein Allergieproblem. Dann auch. Aber im Großen und Ganzen schnabulieren alle das Gleiche.

In den einzelnen Zimmern sieht es völlig unterschiedlich aus. Da Popposter. Dort Reitkappe und Gerte. Da Zinn-

soldaten. Gleich ist eben nicht Gleichmacherei. Aber es wäre wiederum nicht vorstellbar, wenn eine oder einer dieser zwölf den gesamten zweiten Stock für sich alleine hätte. Eine andere hätte ein winziges Kämmerchen. Der nächste muss sich das Zimmer mit zwei Geschwistern teilen. Es wäre permanent Krach und Neid in diesem Haus. In dieser Familie. Und so, wenn freilich wesentlich komplexer, ist es in unserem Land.

Melange mit Sprengkraft

„Ohne eine annähernde Ebenbürtigkeit aller funktioniert Demokratie nicht“, heißt es in der „Studie zur sozialen Spaltung“ von Günter Foss. Eine Auffassung, zu der auch die Bundeszentrale für politische Bildung kommt. Ungleichheit sei gleich mit drei Krisen verwoben, heißt es in einem Aufsatz von Julian Bank und Till van Treeck: Sie führe zu einer Krise der Demokratie, der sozialen Teilhabe und der ökonomischen Stabilität. Diese „Melange“ besitze Sprengkraft: „Wie am wachsenden Erfolg demokratie- und menschenverachtender Ideologien deutlich wird.“



In Schulen und Unternehmen wird durch Team-building-Übungen versucht, den Zusammenhalt zu stärken.

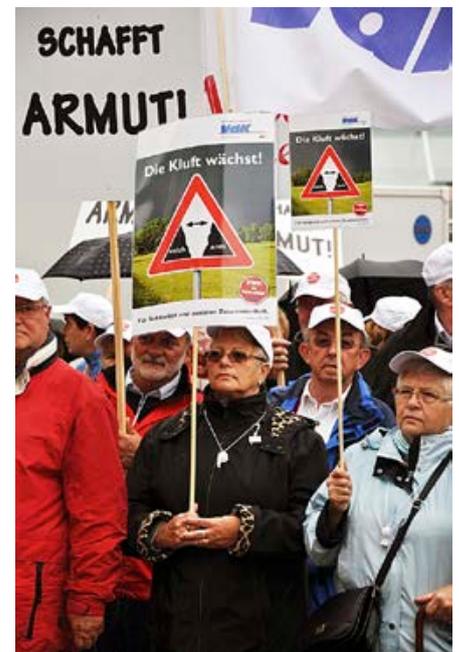
37 Millionen Euro soll das neue „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ kosten. Bis zu zehn verschwisterter Institutionen soll es geben. Übers Land zerstreut. Bald soll ein Konzept gestrickt werden. Dann läuft das Ausschreibungsprocedere: Wer von den etlichen Forschungseinrichtungen soll den Hut aufbekommen? Eventuell muss Personal akquiriert werden. Dann wollen sie erst einmal daran gehen, sich auf eine Definition festzulegen. „Zusammenhalt“ – was für ein schwieriger Begriff! Es wird die Analysephase

folgen. Womöglich wertet man den Armuts- und Reichtumsbericht aus. Zieht den Bericht zur Deutschen Einheit heran. Sowie Analysen zum Rechtsextremismus und Islamismus.

Wie viele Jahre wird es dauern, bis an allerersten Lösungsansätzen geforscht wird? Drei Jahre? Vier Jahre? Meine Vermutung geht dahin, dass dann schon wieder alles ganz anders ist in unserer Gesellschaft. Dass wir dann die ersten richtig großen Opferwellen der Digitalisierung haben. Dass alles noch viel mehr zerfleddert ist. Aber das könnten auch andere ahnen. Und sagen, wie unsinnig dieses Institut ist. Wissen wir doch längst, was getan werden müsste.

Ein logisches Phänomen

Für Humanwirtschaftlerinnen und Humanwirtschaftler ist es ohnehin in keiner Weise verwunderlich, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet. Das herrschende Geldsystem sowie die gesellschaftlichen Spielregeln, die leistungslose Vermögensvermehrung möglich machen und unbegrenzten Machtzuwachs erlauben, lassen gar keine andere Konsequenz zu. Nun wird die Bundesregierung sicher nicht so mutig sein, zu entscheiden, dass das Geldsystem auf eine Weise gestaltet wird, die ein humanes Miteinander ermöglicht. Machbar und erfolgversprechend wäre es allerdings, an kleinen Stellschrauben zu drehen.



Seit Jahren macht der VdK darauf aufmerksam, dass die gesellschaftliche Kluft wächst.

So forderten im März über 30 bundesweite Sozialorganisationen eine sofortige Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung für alle hier lebenden bedürftigen Menschen. Anlass für die Forderung war die damals hochkochende Diskussion über die Tafeln. Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssten, sei Ausdruck politischen und sozialstaatlichen Versagens in diesem reichen Land, heißt es in der Erklärung. Unterzeichnet wurde sie vom DGB, der Nationalen Armutskonferenz, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Sozialverband VdK Deutschland und der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.

Der DGB speiste das Thema außerdem bei seinem Bundeskongress im Mai ein. Der DGB-Bundesvorstand wurde aufgefordert, einen breiten gesellschaftspolitischen Zukunftsdialog zu initiieren. „Das Ziel dieses Dialogs ist es, im Austausch mit den relevanten demokratischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Perspektiven jenseits der neoliberalen Agenda der letzten Jahrzehnte zu entwickeln“. Mit diesem Leitantrag setzt sich der DGB das weitere Ziel, eine einseitig auf Deregulierung und marktradikalen Wettbewerb ausgerichtete Politik zu überwinden. Ein hehres Ziel. Man darf gespannt sein. 

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.